

Von Rothschild kontrolliertes Nachrichtenmagazin: „Machen Sie sich für eine Weltwährung bis 2018 bereit“

17.07.2017, aikos2309 | [Originalartikel](#)

Das Magazin The Economist veröffentlichte vor fast 30 Jahren einen Artikel, in dem die Chance einer Weltwährung diskutiert wird, die um das Jahr 2018 herum zu erwarten sei.



Der Artikel von 1988 wirft seine Schatten voraus auf eine methodologische Entwicklung hinsichtlich einer zentralisierten Weltwährung, die sich für uns in vielerlei Hinsicht bereits in den letzten Jahrzehnten abgespielt hat.

Man muss auch daran denken, dass die einflussreiche Rothschild-Familie, die sich selbst als „Verwalter des Erbes des Nachrichtenmagazins The Economist“ betrachtet, mithilfe von The Economist daran interessiert ist, Kontrolle auszuüben.

Im Wesentlichen operiert das Magazin als ein quasi-propagandistischer Arm für das Bankenimperium und verwandter Geschäfte der Rothschilds und ist in vielerlei Hinsicht dazu gedacht, die öffentlichen Meinung dafür zu mobilisieren, die globalistische Agenda in die Tat umzusetzen (Rothschild, Soros & Co.: Superreiche warnen uns vor dem Crash).

Der nachfolgende Ausschnitt erschien in der Printausgabe des Magazins am 9. Januar in Ausgabe 306, S. 9-10.

Bereit für den Phönix

Von heute an gerechnet in dreissig Jahren, werden Amerikaner, Japaner, Europäer und Menschen in vielen anderen reichen Ländern sowie manche relativ arme wahrscheinlich ihre Einkäufe mit der gleichen Währung bezahlen.

Die Preise werden nicht in Dollar, Yen oder D-Mark angegeben sein, sondern, sagen wir, in Phönix. Der Phönix wird von Unternehmen und Käufern bevorzugt werden, weil er komfortabler sein wird als die heutigen National-

währungen, die bis dahin als eine überholte Ursache von vielerlei Zerrüttung des ökonomischen Lebens im letzten (20.) Jahrhundert gelten.

Anfang 1988 scheint dies eine abwegige Vorhersage zu sein. Vorschläge zur letztendlichen Währungsunion nahmen vor fünf und zehn Jahren stark zu, aber diese hatten kaum auf die Rückschläge von 1987 abgezielt. Die Regierungen der grossen Ökonomien versuchten, sich ein oder zwei Zoll in Richtung eines stärker gelenkten Systems von Wechselkursen zu bewegen – ein logisches Vorspiel, so könnte es scheinen, auf dem Weg zur radikalen Währungsreform.

Aufgrund des Mangels an Kooperation bei ihren zugrundeliegenden ökonomischen Richtlinien, hatten sie es schrecklich vermässelt und provozierten den Anstieg bei Zinssätzen, die den Absturz der Börsenmärkte im Oktober mit sich brachten. Diese Ereignisse haben die Wechselkursreformer nachdenklich gestimmt.

Der Börsenkrach lehrte sie, dass die Vortäuschung einer politischen Zusammenarbeit schlimmer sein kann als gar nicht zu handeln, und dass bis zu dem Punkt, an dem eine echte Kooperation umsetzbar ist (d.h. bis die Regierungen etwas von ihrer ökonomischen Souveränität aufgeben), wird man sich mit weiteren Versuchen abmühen, die Währungen zu stützen.

Die neue Weltwirtschaft

Die grösste Veränderung in der Weltwirtschaft seit Anfang der 1970er besteht darin, dass die Geldströme den Handel mit Gütern als jene Triebkraft ersetzt haben, welche die Wechselkurse antreibt. Als Ergebnis der unaufhörlichen Verflechtung der Weltfinanzmärkte können Unterschiede bei der nationalen Wirtschaftspolitik die Zinssätze nur geringfügig durcheinander bringen (oder Erwartungen von zukünftigen Zinssätzen), jedoch riesige Transfers von finanziellen Vermögenswerten von einem Land zum anderen hervorrufen.

Diese Transfers überschwemmen den Strom von Handelsumsätzen in ihrer Auswirkung auf die Nachfrage nach und Versorgung mit verschiedenen Währungen und daher in ihrer Auswirkung auf die Wechselkurse. Indem die Telekommunikationstechnologie weitere Fortschritte erzielt, werden diese Transaktionen dennoch billiger und schneller sein. Mit unkoordinierten wirtschaftspolitischen Entscheidungen können Währungen nur instabiler werden.

Bei all diesen Möglichkeiten lösen sich die nationalen ökonomischen Grenzen langsam auf. Indem sich der Trend fortsetzt, wird die Attraktivität einer (einzigen) Währung zumindest für sämtliche Haupt-Industrieländer unwiderstehlich erscheinen, ausser für Devisenhändler und Regierungen.

In der Phönix-Zone würden ökonomische Anpassungen an Verlagerungen bei relativen Preisen glatt und automatisch ablaufen, anstatt wie heute zwischen verschiedenen Regionen innerhalb ausgedehnter Ökonomien (eine kurze Darstellung auf den Seiten 74-75 erklärt, wie). Die Abwesenheit aller Währungsrisiken würde den Handel, die Investitionen und die Beschäftigung ankurbeln.

Die Phönix-Zone würde nationalen Regierungen enge Beschränkungen auferlegen. Es würde zum Beispiel keine nationale Währungspolitik geben. Die weltweite Geldmenge des Phönix wäre durch eine neue Zentralbank festgelegt, vielleicht einen Ableger des IWF. Die Inflationsrate der Welt – und daher jede nationale Inflationsrate innerhalb eng gesteckter Grenzen – würde sich in ihrer Obhut befinden. Jedes Land könnte Steuern und öffentliche Ausgaben dazu benutzen, um vorübergehende Rückgänge der Nachfrage auszugleichen, aber es würde Geld leihen müssen, anstatt es zu drucken, um sein Haushaltsdefizit auszugleichen.

Ohne Regress auf die Inflationssteuer würden Regierungen und ihre Gläubiger dazu gezwungen sein, ihre Pläne der Kreditvergabe und -nahme sorgfältiger zu beurteilen, als sie dies heute tun. Dies bedeutet einen grossen Verlust an ökonomischer Souveränität, aber die Tendenzen, die den Phönix so attraktiv machen, überwiegen diese Souveränität in jedem Fall. Selbst in einer Welt mehr oder weniger schwankender Wechselkurse wurde die politische Unabhängigkeit individueller Regierungen durch eine unfreundliche Aussenwelt auf den Prüfstand gestellt.

Indem sich das nächste Jahrhundert nähert, werden die natürlichen Kräfte, die die Welt in Richtung ökonomischer Verflechtung drängen, Regierungen eine grosse Bandbreite an Wahlmöglichkeiten anbieten. Sie können mit dem Strom schwimmen oder sie können Hemmnisse aufbauen. Den Weg für den Phönix freizumachen, wird dann weniger vorgetäuschte und mehr echte politische Übereinkünfte bedeuten.

Es wird bedeuten, dem privaten Sektor neben existierenden nationalen Währungen den Gebrauch einer internationalen Währung zu erlauben und dann aktiv zu fördern. Das würde die Leute für den letztendlichen Schritt hin zu einer vollständigen Währungsunion mit ihren Brieftaschen abstimmen lassen.

Der Phönix würde wahrscheinlich als eine Mischung von Nationalwährungen beginnen, genau wie heute Sonderziehungsrechte. Mit der Zeit würde sein Wert im Vergleich zu Nationalwährungen an Bedeutung verlieren, weil die Leute ihn wegen seiner Komfortabilität und der Stabilität seiner Kaufkraft bevorzugen würden.

...

Die Alternative – die Autonomie bei politischen Entscheidungen zu erhalten – würde eine neue Ausbreitung wirklich drakonischer Kontrollen von Handels- und Kapitalströmen beinhalten. Dieser Kurs bietet Regierungen glänzende Möglichkeiten. Sie könnten Wechselkursbewegungen verwalten, Währungs- und Steuerpolitik ohne Verbote umsetzen und die resultierenden Explosionen der Inflation durch Preis- und Einkommenspolitik in Angriff nehmen. Es ist ein wachstumshemmendes Szenario. Merken Sie sich den Phönix für ungefähr 2018 vor und nehmen sie ihn wohlwollend auf, wenn er kommt.

1998, also nur zehn Jahre später, hat The Economist erneut die Öffentlichkeit mobilisiert, um mit dem Artikel One world, one money (Eine Welt, eine Währung) die globalistische Agenda weiter voranzubringen (Mysteriöse Tarotkarten auf Titelbild: Das Economist-Cover für "The World in 2017" wurde geändert! Was steckt dahinter?).

In grosser Übereinstimmung mit dem Artikel von 1988, versucht die Publikation zu erklären, warum ein viel zentralisierteres und kontrollierteres System für die Weltwirtschaft von Nutzen wäre, während gänzlich die Tatsache ignoriert wird, dass eine solch zentralisierte Weltwährung ein massiver Coup für das internationale Bankenkartell wäre und wie sehr er sich unter dem Strich für des Bankenimperium der Rothschilds auszahlen würde.

Zusätzlich muss festgehalten werden, dass die Erschaffung einer Weltwährung eine übermässige Menge geopolitischen Kapitals an ungewählte internationale Banker übergeben würde und nachfolgend den Bürgern jeder Nation und ihrer jeweiligen Repräsentanten in der Regierung die Macht entziehen würde.

Will wirklich irgendjemand, dass internationale Banker eine solch enorme politische Macht zusätzlich zum massiven Finanzeinflusses und der Macht innehaben, die sie bereits jetzt in den Händen halten? Die Leute wollen mehr Mitspracherecht über ihr eigenes Leben, anstatt politische Entscheidungen durch internationale Bankster-Bürokraten diktiert zu bekommen.

Kontrolle über die Geldmenge einer Nation ist im Grunde genommen das Lebenselixier staatlicher Souveränität – ohne diese Unabhängigkeit existiert der Staat nur auf dem Papier, ist aber supranationalen Mächten untergeordnet, deren Interessen ausserhalb inländischer und nationaler politischer/ökonomischer Angelegenheiten liegen.

"Gib mir die Kontrolle über das Geld einer Nation und es interessiert mich nicht, wer dessen Gesetze macht", sagte Mayer Amschel Rothschild, der Gründer der Bankendynastie der Rothschilds.

Obwohl sich die Rothschild-Familie nun im Allgemeinen stark aus der Öffentlichkeit zurückgezogen hat, unterhält sie immer noch beträchtliche geschäftliche Unternehmungen in einem grossen Spektrum an Bereichen. Während

man zwar keinen bestimmten Rothschild auf Forbes' Liste der Reichen findet, wird geschätzt, dass die Familie eine Billion Dollar an Vermögenswerten auf der ganzen Welt besitzt, daher hat ihre Stimme grosses Gewicht durch das gesamte geopolitische Spektrum hindurch, das viele als eine versteckte Hand wahrnehmen, die stillschweigend hinter einem Schleier der Heimlichkeit und Verschwiegenheit Ereignisse manipuliert (Lord Rothschild über Finanzwelt: „Wir erleben das grösste Experiment der Geschichte“).

Fangen Sie an, das Gesamtbild zu erkennen?